

Indiens Außenpolitik im Berichtsjahr

von

Carl-Andreas Frhr. von Stenglin

1 Überblick

Die Regierung Gujral, die die Regierung Gowda im April 1997 ohne größere Änderung der Regierungsmannschaft ablöste, hielt im Berichtsjahr (1.1.-31.12.1997) wie die Vorgängerregierungen formal an der Politik der Blockfreiheit fest (Ministertreffen in Delhi im April 1997). Sie betonte die Süd-Süd-Kooperation, strebte jedoch auch nach verstärkter wirtschaftlicher Kooperation mit den Industrieländern und politischer Integration in multinationale Organisationen, dies vor dem Hintergrund der Fortsetzung der vorsichtigen Öffnungs- und Reformpolitik in der Wirtschaft. Der Kooperation mit Ländergruppierungen wie ASEAN und APEC wird große Bedeutung beigemessen, die Annäherung bzw. Aufnahme Indiens aktiv verfolgt. Ein weiterer Schwerpunkt: Ausbau der Beziehungen zu den Anrainerstaaten des Indischen Ozeans (Indian Ocean Rim). Mit dem Ziel, sich als respektierte Regionalmacht in Asien zu etablieren, räumt Indien den guten und freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarländern Bangladesch, Nepal und Sri Lanka und der Kooperation im Rahmen des SAARC hohe Priorität ein und betreibt eine rege Besuchsdiplomatie in der Region. Die Verbesserung der Beziehungen zu China und Pakistan, die durch Rivalität und Mißtrauen gekennzeichnet sind, ergänzt die Politik der regionalen Zusammenarbeit, hat aber auch global-politischen Charakter. Das Übergewicht Indiens in der Region und das Untergewicht in der Weltpolitik sind die Determinanten indischer Unsicherheiten auf der schwierigen Suche nach einem anerkannten und festen Platz in der internationalen Gemeinschaft. Unter Ausklammerung traditioneller Streitpunkte wie der Nuklearfrage bemühte sich die Regierung Gujral, das Verhältnis zur Weltmacht USA enger und substantieller zu gestalten, wohl wissend, daß das Verhältnis zu Rußland anders als in den Zeiten der Sowjetunion kein Ersatz sein kann.

Indien hält aus Sicherheitserwägungen (Nuklearwaffenstatus Chinas und nukleare Ambitionen Pakistans) daran fest, sich die nukleare Option offenzuhalten, solange die Verknüpfung mit einer weltweit nuklearen Abrüstung nicht gegeben ist (strikte Ablehnung des Teststoppabkommens, kein Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag - NVV). Indien fordert die Umbildung und Erweiterung des VN-Sicherheitsrates, in dem es wegen seines Gewichts und seines

international anerkannten VN-Engagements einen Ständigen Sitz mit vollen Rechten und Pflichten für sich beansprucht. Bei den Aktivitäten um ein allgemeines Verbot von Land- und Antipersonenminen hat sich Indien bisher eher distanziert verhalten und sich nicht aktiv am Ottawa-Prozeß beteiligt (Beobachterstatus bei der Oslo-Konferenz). Dem Chemiewaffenübereinkommen ist es beigetreten.

Die Wirtschaftszusammenarbeit innerhalb der SAARC steckt noch in den Anfängen. Der Trend zur wirtschaftlichen Liberalisierung in den meisten SAARC-Mitgliedsländern kann mittelfristig auch dem SAARC-Wirtschaftsaustausch zugute kommen. Während des SAARC-Gipfels in Dhaka im April 1993 wurde ein Übereinkommen über die Errichtung einer Handelspräferenzzone zwischen den SAARC-Staaten geschlossen (South Asian Preferential Trade Agreement - SAPTA). Die Umsetzung des Übereinkommens wurde Ende 1996 beschlossen. Konkrete Ergebnisse wurden bisher auch im Bereich der Antidrogenpolitik und der Terrorismusbekämpfung (SAARC-Konvention) erzielt. Durch eine Politik der forcierten einseitigen Zollliberalisierung mit den östlichen und südlichen Nachbarn versucht New Delhi die SAARC mit dem Ziel voranzutreiben, das noch zögernde Pakistan mitzuziehen.

2 Innenpolitischer Hintergrund, Neuwahlen

Die zweiten Wahlen im Februar/März 1998 zum indischen Parlament (Lok Sabha) innerhalb von zwei Jahren haben die Hindupartei BJP, nach dem Fehlversuch von 1996, zum ersten Mal an die Macht gebracht, jedoch ohne ein eindeutiges Wählermandat durch eine stabile Mehrheit. Die BJP (180 Sitze) und ihre 18 Koalitionspartner erhielten 267 Sitze; die sogenannten säkularen Parteien, der Kongreß (142) und die ehemalige Regierungsfront UF (87) sowie einige Splitterparteien erhielten zusammen 261 Mandate. Bei der Vertrauensabstimmung am 28. März 1998 stimmten elf Abgeordnete der Telugu Desam aus Andhra Pradesh für Premierminister Vajpayee und seine Regierung. Die neue Regierung bekam damit 274 Stimmen, 6 Stimmen mehr als die absolute Mehrheit der anwesenden Abgeordneten und 13 Stimmen mehr als die Opposition (261). Die Rettung der neuen BJP-Regierung durch die regionale Telugu-Desam-Partei war möglich geworden, nachdem die BJP ihrerseits dafür gesorgt hatte, daß ein Abgeordneter der Telugu Desam zum neuen Speaker des Unterhauses gewählt wurde. Telugu-Desam-Chef Naidu hat angekündigt, daß er in Zukunft die Regierung von außen in jeweils anstehenden Fragen unterstützen werde. Wenn auch schwach und abhängig, bedeutet die BJP-geführte Regierung eine neue Ära der indischen Politik. Zum ersten Mal übernimmt eine wirkliche Nicht-Kongreßpartei die Macht. Bisher gab es nur

Kongreßregierungen oder Regierungen von Parteien, die ihren Ursprung im Kongreß hatten.

Die Rechnung des einstmals mächtigen und jahrzehntelang allein regierenden Kongresses, die Regierung von außen zu unterstützen und bei sich bietender Gelegenheit die Regierung ohne Neuwahlen selbst zu übernehmen, ging nicht auf. Premierminister Gowda, der dem Kongreß zu selbständig geworden war, wurde im März 1997 auf Betreiben des Kongreßpräsidenten Kesri gestürzt. Gowdas Außenminister und vom Kongreß akzeptierter Nachfolger Gujral erwies sich als unerwartet erfolgreich. Der im Spätherbst 1997 mit Macht betriebene Versuch der Regierungsübernahme bzw. der Teilnahme an einer Regierung durch den Kongreß führte zu einem nicht mehr reparablen Zerwürfnis mit dem Bündnispartner United Front (UF). Anlaß war der Streit über die personellen Konsequenzen aus dem vorläufigen Bericht der Jain-Kommission, die die Verwicklungen politischer Parteien in die Ermordung von Rajiv Gandhi untersucht. Der Kongreß wollte von seiner Forderung nach Entfernung belasteter UF-Minister nicht abgehen. Darauf drehte die mit Auflösungstendenzen kämpfende UF den Spieß um und erklärte das Zusammengehen mit dem Kongreß für beendet. Gleichzeitig beantragte der damalige Premierminister Gujral Neuwahlen. Weder UF noch Kongreß waren auf vorgezogene Neuwahlen vorbereitet. Lachender Dritter war die BJP-Opposition, die schon lange Neuwahlen gefordert hatte. Angesichts der offenkundigen Schwächen ihrer Gegner glaubte sie in den Neuwahlen leichtes Spiel zu haben und einen überwältigenden Sieg zu erringen. Verschiedene Meinungsumfragen hatten sie darin bestärkt.

Daß es dazu nicht kam, ist vor allem dem Stimmverhalten des indischen Wählers zu verdanken, der der Hindupartei die Übernahme der alleinigen Macht im Zentrum - anders als in einigen Bundesstaaten - verweigerte. Zum anderen verhinderte der bis zur Erschöpfung geführte Wahlkampf von Sonia Gandhi, daß es zu einem erdrutschartigen Sieg der BJP kam. Sie konsolidierte den Kongreß, der wegen mangelnder Führung und innerer Machtkämpfe Gefahr lief, in die Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Dagegen setzte sich die Abwärtstendenz bei der UF durch fortgesetzten internen Streit und einen wenig überzeugenden Wahlkampf fort, der dem Bündnis den Verlust fast der Hälfte der Mandate einbrachte. Der Erfolg von Frau Gandhi führte dazu, daß Kongreßparteichef Kesri zum Rücktritt gezwungen wurde und an seiner Stelle die Gandhi-Witwe, die bisher jegliches politische Amt abgelehnt hatte, zur neuen Kongreßpräsidentin gewählt wurde. Sie erhielt gleichzeitig - obschon selbst nicht Parlamentsmitglied - das einflußreiche Amt des Vorsitzenden der vereinigten Kongreßfraktionen im Unter- und im Oberhaus.

Die Tatsache, daß sich die Hoffnungen der BJP auf eine eindeutige Mehrheit nicht erfüllt haben, hat zu erheblichen Abstrichen beim Regierungsprogramm und bei der Besetzung der Ministerposten geführt. Radikale BJP-

Forderungen wie die Hinduisierung Indiens und die Wirtschaftsautarkie (Swadeshi) mußten bereits im Koalitionsprogramm (National Agenda) kurz nach der Regierungsbeauftragung deutlich entschärft werden. Der Kampf um die Mehrheit bei der Vertrauensabstimmung führte in der Regierungserklärung (vom indischen Präsidenten am 25. März im Parlament vorgetragen) zu weiteren Entschärfungen. *Hindutva*-Themen klingen nur leicht in verschiedenen Bereichen wie etwa den Medien und der Wirtschaft an; die Forderung nach Ausübung der nuklearen Option wurde fallengelassen. Damit stellt sich die neue Regierung erst einmal in die Kontinuität der indischen Innen- und Außenpolitik. Angesichts der gegenwärtigen Abhängigkeit von den regionalen Parteien und im Hinblick auf den gemäßigten und über die Parteigrenzen hinaus anerkannten neuen Regierungschef dürfte zumindest auf absehbare Zeit wenig Spielraum für nationalistische und ideologische Experimente bleiben. Auch bei der Verteilung der Ministerposten mußte die BJP den Koalitionsparteien erhebliche Konzessionen machen.

Beobachter sind sich einig, daß die bunt zusammengewürfelte Regierungskoalition nach außen und nach innen erst einmal Ruhe braucht, um ihre heikle Machtposition in den nächsten Monaten zu stärken. Ein Element vorläufiger oder relativer Stabilität ist auch die Tatsache, daß der Kongreß und andere Oppositionsparteien bemüht sind, sich selbst zu regenerieren und die Abgeordneten kein Interesse an baldigen Neuwahlen haben.

3 Außen- und sicherheitspolitische Akzente der neuen Regierung

Sowohl die Koalitionsvereinbarung als auch die Regierungserklärung der neuen Regierung beschäftigen sich nur kurz mit außen- und sicherheitspolitischen Dingen. Vieles hält sich im Rahmen des bisher Üblichen, ein paar nationale Akzente werden gesetzt. So will man für Indien eine Rolle in der globalen Arena, die der Größe und Stärke Indiens entspricht. Mit allen Nachbarn sollen friedliche Beziehungen auf der Basis der Gegenseitigkeit entwickelt werden. Letzteres weist darauf hin, daß man im Gegensatz zu der Politik der einseitigen Vorleistungen der Vorgängerregierung im Verhältnis zu den Nachbarn wieder stärker zur Politik des Quidproquo zurückkehren möchte. Die regionale Zusammenarbeit im Rahmen der SAARC und mit der ASEAN soll verstärkt werden. Die indische Politik im Rahmen der WTO soll sich stärker an den eigenen Interessen orientieren und gleichzeitig dazu beitragen, eine Weltordnung zu schaffen, die gleich, humaner und frei von Ausbeutung ist. Sie bekennt sich zur wirtschaftlichen Kooperation der Entwicklungsländer und erwartet von einer stärkeren Zusammenarbeit im Rahmen der Nichtgebundenen eine fairere Behandlung durch den Norden. Sie wird sich weiterhin für eine

demokratischere und repräsentativere Ordnung im Rahmen der VN-Reform einsetzen. In der Sicherheitspolitik werden zwei neue Akzente gesetzt. Zum einen soll einer alten Forderung nach Errichtung eines nationalen Sicherheitsrates Rechnung getragen werden. Zum anderen spricht die Koalitionsabsprache von der Ausübung der nuklearen Option, um die Sicherheit, territoriale Integrität und Einheit Indiens zu bewahren: „We will reevaluate the nuclear policy and exercise the option to induct nuclear weapons.“ In der sechs Tage später durch den Präsidenten vor dem Parlament vorgetragenen Regierungserklärung ist allerdings davon keine Rede mehr. Dort heißt es nur allgemein, daß es in Fragen der Sicherheit der Nation keine Kompromisse geben könne. Sowohl Souveränität als auch territoriale Integrität würden mit allen Mitteln geschützt. Indien werde sich Druck in dieser Frage nicht beugen. Regierungspolitiker - besonders Premierminister Vajpayee - haben sich seit den Wahlen in der Nuklearfrage äußerst zurückhaltend gegeben. Allerdings erschienen eine Reihe von Artikeln in der indischen Presse, die der BJP-Forderung nach dem Bau von Atomwaffen Nachdruck verliehen.

Europa dürfte auch bei der neuen Regierung einen hohen Stellenwert genießen. Die Europäische Union ist bedeutendster Wirtschaftspartner. Deutschland wird aufgrund seiner Wirtschaftskraft und Verlässlichkeit als wichtiger Partner auf der Suche nach einer neuen weltpolitischen und regionalen Rolle gesehen. Das große Interesse der deutschen Wirtschaft an Indien hat im Berichtszeitraum nicht nachgelassen (Besuch von Bundesminister Dr. Günter Rexrodt in New Delhi und Mumbai Anfang 1998). Die beiden ersten Besuche ausländischer Wirtschaftsdelegationen bei der neuen Regierung waren deutsche: der baden-württembergische Wirtschaftsminister Dr. Döring zusammen mit einer Mittelstandsdelegation sowie Staatssekretär Dr. Feiter vom BML mit zahlreichen deutschen Geschäftsleuten der Nahrungsmittelverarbeitung. Beide Delegationen wurden von der gerade erst gebildeten Regierung, die zudem unter dem Druck der bevorstehenden Vertrauensabstimmung stand, bevorzugt und mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen. Bundesminister Dr. Kinkel hatte im Januar 1997 im Rahmen seines zweiten Indienbesuches einen ausführlichen Meinungsaustausch mit dem damaligen Oppositionsführer A.B. Vajpayee.

4 ASEAN, APEC, ASEM, Indian Ocean Rim

Indien ist seit Juli 1996 Dialogpartner der ASEAN und zugleich Mitglied des ASEAN Regional Forum (ARF). Der Schwerpunkt der Kooperation liegt im wirtschaftlichen Bereich. Indien trägt damit der Steigerung des Handels mit den ASEAN-Ländern um 30% und den erheblichen Investitionen einiger ASEAN-Staaten wie Singapur und Malaysia in Indien in den letzten fünf Jahren Rechnung. Die Sicherheitskomponente ist dagegen von untergeord-

neten Bedeutung, wengleich Indien mit einigen ASEAN-Staaten regelmäßig Konsultationen durchführt und gemeinsame Manöver abhält.

New Delhi bemüht sich seit längerem um eine Einbeziehung in den ASEM-Dialog sowie außerdem um Anschluß an die APEC, macht sich aber angesichts des bestehenden Moratoriums über die Aufnahme weiterer Mitglieder keine Illusionen, in naher Zukunft als APEC-Mitglied aufgenommen zu werden.

Da der Prozeß der wirtschaftlich engeren Zusammenarbeit der Anliegerstaaten des Indischen Ozeans institutionell nicht recht vorankommt, bemüht sich Indien bilateral um wichtige Partner wie Südafrika, Tansania und Australien.

Die asiatische Wirtschaftskrise hat Indien wegen seiner geringen Einbindung in die Weltwirtschaft nur gestreift. Allerdings dürften die zur Zeit gesunkenen Absatzchancen für indische Produkte auf den asiatischen Märkten seine Exportsituation nicht unberührt lassen.

5 SAARC

Die 1985 gegründete SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation) hat mit dem Inkrafttreten des SAPTA-Vertrages (South Asian Preferential Trade Agreement) am 7.12.1995 nach vielen Jahren der Stagnation den ersten großen gemeinschaftlichen Schritt getan. Wesentlicher Bestandteil der Vereinbarung sind gegenseitige Handelspräferenzen für zunächst 226 Waren oder Warengruppen. Zur Beschleunigung der weiteren Handelsliberalisierung haben die SAARC-Mitgliedstaaten ein Komitee (SAARC Committee on Economic Cooperation) auf Staatssekretärebene eingerichtet, das die SAARC-Freihandelszone (SAFTA - South Asian Free Trade Area) vorbereiten soll. Die SAFTA soll spätestens bis Ende 2005 realisiert werden, möglichst jedoch schon bis zum Jahr 2001.

Die Wirtschaftszusammenarbeit innerhalb der SAARC steckt noch in den Anfängen. Der intraregionale Handel der südasiatischen Staaten beträgt lediglich um 3% ihres gesamten Außenhandels. Die SAARC ist geprägt von wirtschaftlichem Ungleichgewicht und divergierenden Politikinteressen, fast alle Länder tragen untereinander - oft lokal begrenzte - wirtschaftliche oder ethnisch-religiöse Konflikte aus (Wirtschaftsflüchtlinge). Indien verfügt über 70% der SAARC-Fläche, 76% der Bevölkerung, 60% des SAARC-Handels und stellt 78% der regionalen Wertschöpfung.

Der Trend zur wirtschaftlichen Liberalisierung in den meisten SAARC-Mitgliedsländern kann mittelfristig auch dem regionalen politischen Dialog zugute kommen. Obwohl sich die SAARC-Mitgliedstaaten dem Prinzip der Nichteinmischung und der Ausklammerung strittiger bilateraler Fragen verpflichtet haben, führen insbesondere die jährlich mehr als 100 Treffen der verschiedenen SAARC-Arbeitsgruppen, Komitees und Ausschüsse zu einer

verstärkten Vertrauensbildung. Wichtigstes Instrument sind die jährlichen SAARC-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (zuletzt auf den Malediven im Mai 1997), die sich immer mehr zu einem informellen Forum für Konfliktbegrenzung und Krisenmanagement entwickeln. Konkrete Ergebnisse wurden bisher im Bereich der Antidrogenpolitik und der Terrorismusbekämpfung (SAARC-Konvention) erzielt.

Indiens Interesse an der SAARC ist ambivalent. Einerseits sieht es in der SAARC ein Instrument der Vertrauensbildung auf dem Subkontinent, andererseits will Indien ein Zusammengehen der anderen Partner gegen Indien vermeiden und möchte daher politische Fragen und bilaterale Differenzen mit seinen Nachbarn, insbesondere die Kaschmir-Problematik, nicht förmlich im Rahmen der SAARC behandelt wissen. Zur Erörterung solcher Fragen werden bilaterale Gespräche am Rande der SAARC-Treffen genutzt. Unter dem ehemaligen Außenminister und Premierminister Gujral hat Indien jedoch erkannt, daß eine engere regionale Kooperation zumindest nicht schädlich ist und daß der Stärkere den ersten Schritt zu gegenseitigem Entgegenkommen tun sollte (Gujral-Doktrin). Die Entscheidung für den Malé-Gipfel im Mai 1997 zur Eröffnung des pakistanisch-indischen Dialoges auf Ebene der Premierminister war der praktische Beweis des neuen Selbstverständnisses der Regionalorganisation.

Über die multilateralen SAARC-Beziehungen hinaus unterhält Indien mit den meisten Staaten dieser Gruppe seit langem bilaterale Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage einzelner Handelsabkommen. Besonders eng sind die Beziehungen zu Bangladesch und Sri Lanka. Zu den wichtigsten Elementen der bilateralen Wirtschaftsabkommen mit diesen Ländern gehören Zollpräferenzen, Investitionsförderungen und Handelserleichterungen. Besonders eng, wenn auch wegen des geringen Handelsvolumens wirtschaftlich für Indien nur von untergeordneter Bedeutung, sind die Beziehungen zu Bhutan. Der bilaterale Handel ist traditionell frei, womit Indien auch Bhutans geographischer Lage (Binnenland) Rechnung trägt. Der indische Warenaustausch mit Pakistan ist stark von den politischen Spannungen mit diesem westlichen Nachbarstaat geprägt. Unter Berücksichtigung des umständlichen, aber regen Handels über Drittländer dürfte der Warenaustausch weit über den offiziellen statistischen Angaben liegen.

Der Warenaustausch mit SAARC-Mitgliedstaaten hat einen Anteil von 2,5% des gesamten Außenhandels Indiens (1994/95). Innerhalb der SAARC-Gruppe entfallen 80% des indischen Handels auf Bangladesch und Sri Lanka (50% resp. 30%). Die übrigen SAARC-Länder Nepal (9%), Pakistan (8%), Bhutan (2%) und Malediven (1%) fallen weit dahinter zurück. Der Warenaustausch zwischen den SAARC-Staaten entwickelt sich trotzdem dynamisch. Nach einem Wachstum von 34% im Jahre 1994/95 gegenüber 1993/94 legte er 1995/96 (jeweils April bis März) um 56% zu. Trotz dieser Wachstumsra-

ten, die erheblich über denen des gesamten indischen Außenhandels in den entsprechenden Jahren liegen (jeweils ca. 20%), wird der Anteil des indischen Warenaustausches mit diesem Länderkreis am indischen Außenhandel wegen seines niedrigen absoluten Volumens wohl auch auf längere Sicht gering bleiben. Als dominante Volkswirtschaft verzeichnet Indien naturgemäß einen hohen Exportüberschuß gegenüber den übrigen SAARC-Mitgliedstaaten.

6 Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten Indiens

6.1 Pakistan

Das seit der Teilung Britisch-Indiens und der Unabhängigkeit beider Staaten gespannte Verhältnis zwischen Indien und Pakistan ist Teil der fragwürdigen politischen Kultur der Beziehungen geworden. Weder Indien noch Pakistan scheuen die Gelegenheit, das jeweils andere Land terroristischer Unterstützung für Anschläge auf dem eigenen Boden zu beschuldigen. Indien ist an einer Verbesserung der Beziehungen interessiert, möchte jedoch den Dialog nicht nur auf Kaschmir beschränken, sondern auch auf andere bilaterale Fragen erweitert wissen (z.B. Wirtschaftsbeziehungen, allgemeine Grenzfragen, vertrauensbildende Maßnahmen). Pakistan beharrt dagegen auf einer prioritären Behandlung Kaschmirs einschließlich der Statusfrage („disputed territory“) und ist nur dann zu einer Ausweitung bilateraler Gespräche auch auf andere Themen bereit. Indien sieht mit Besorgnis die hohen Rüstungsausgaben Pakistans, deren Pro-Kopf-Anteil doppelt so hoch liegt wie in Indien. Pakistan verweist auf die schiere Übermacht des Nachbarn. Dieselben Bedenken äußert Indien verstärkt angesichts der US-Exporte von Militärgütern nach Pakistan, die aufgrund der Teilaufhebung des Embargos durch das Hank-Brown Amendment möglich wurden. Auch die von höchsten pakistanischen Stellen zugegebene Nuklearkapazität und die Unterstützung des Nuklear- und Trägerprogrammes durch China werden in Indien mit Sorge verfolgt (Test der pakistanischen Mittelstreckenrakete Ghauri Anfang April 1998).

Der wieder in Gang gekommene indisch-pakistanische Dialog setzte sich - bisher allerdings ohne konkrete Ergebnisse - in beeindruckender Dichte fort: Erste Runde der Staatssekretärgespräche Ende März/Anfang April 1997 in Islamabad, im April 1997 Treffen der beiden Außenminister bei der Außenministerkonferenz der Blockfreienbewegung in New Delhi, Treffen der beiden Premierminister im Mai in Malé/Malediven im Rahmen des SAARC-Gipfeltreffens, zweite Runde der Staatssekretärgespräche im Juni in Islamabad, dritte Runde der Staatssekretärgespräche Mitte September 1997 in New Delhi, Treffen der Premierminister am Rande der 52. VN-Generalversammlung in New York. Zur vierten Runde der Staatsse-

kretärgespräche kam es wegen der Regierungskrise in New Delhi und der Neuwahlen bisher nicht. Die Regierungschefs Nawaz Sharif und A.B. Vajpayee haben sich bei ihren Glückwunschschriften und bei der Antwort darauf gegenseitig versichert, den Dialog und die Zusammenarbeit auf hoher politischer Ebene zwischen Indien und Pakistan zu erneuern. Vajpayee schrieb an Premierminister Nawaz Sharif: „My government is committed to the continuation of this process, a process on a constructive and sustained basis.“ Dagegen rief der pakistanische Außenminister Gora Ayub Khan dazu auf, Indien wegen der BJP-Forderung nach Ausübung der nuklearen Option mit Sanktionen zu belegen. Während Pakistan an seiner Indien-Obsession festhält, war bei den beiden UF-Regierungen deutlich das Bemühen zu spüren, nicht mit gleicher Münze zurückzuzahlen, auch dann nicht, wenn Indien vom Nachbarn heftig in internationalen Gremien angegriffen wurde. Auch wegen Kaschmir hielt sich New Delhi in den letzten Jahren betont zurück.

6.2 Bangladesch

Gegen erheblichen innenpolitischen Widerstand und mit tatkräftiger Unterstützung durch den Chiefminister von Westbengalen hatte die Regierung Gowda Ende 1996 ein 30jähriges Abkommen mit Bangladesch über die Teilung des Ganges-Wassers geschlossen. Damit wurde ein wesentliches Hindernis für eine grundlegende Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten beseitigt (inzwischen stellte sich allerdings heraus, daß die für Bangladesch vorgesehene Wassermenge in der Trockenzeit nicht vorhanden ist). Indien hatte dabei in der Hoffnung Konzessionen gemacht, bei der neuen Regierung Hasina und der Opposition Goodwill zu schaffen, um in den anderen Fragen wie Transit, Terrorismusunterstützung und Migration Bewegung im Sinne einer zukunftsorientierten Politik der regionalen Zusammenarbeit zu erzielen. Eine weitere Geste der indischen Seite: einseitige Senkung von Zöllen für eine Reihe bangladeschischer Waren. Die von beiden Regierungen betriebene Rückkehr der im indischen Tripura lebenden Chakma-Flüchtlinge in die Chittagon Hill Tracts ist nach langem Hin und Her nunmehr fast zum Abschluß gekommen. Das Wiederaufleben von Untergrundaktivitäten verschiedener Separatistengruppen im indischen Nordosten, vor allem in Assam, hat die Frage der Unterstützung dieser Gruppen durch Bangladesch erneut aktuell werden lassen. Die grundlegende Verbesserung des Verhältnisses zu Bangladesch ist Voraussetzung für die dringliche Befriedung und Entwicklung der sieben Staaten des indischen Nordostens.

6.3 Sri Lanka

Die indo-srilankischen Beziehungen sind trotz schwelender Störfaktoren (Tamilenproblem) unverändert gut; beide Seiten haben den festen Willen zur Fortsetzung der stabilen Beziehungen. Seit der Ermordung Rajiv Gandhis 1991 bemüht sich Delhi, die Unterstützung der LTTE in Sri Lanka von indischem Boden aus zu unterbinden. Die freiwillige Repatriierung einiger tausend der ca. 100.000 srilankischen Tamilenflüchtlinge von Tamil Nadu nach Sri Lanka wird seit Juli 1992 auch vom UNHCR überwacht. Wegen der Eskalation des Bürgerkrieges in Sri Lanka ist die Zahl der tamilischen Flüchtlinge nach Indien wieder gestiegen. Indien verfolgt auch gegenüber Sri Lanka eine Politik des einseitigen handelspolitischen Entgegenkommens. Als erster ausländischer Gast besuchte Sri Lankas Außenminister den neu gewählten Premierminister Vajpayee, der ihm versicherte, daß seine Regierung die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Sri Lanka fortsetzen wolle.

6.4 Bhutan

Das kleine buddhistische Himalaya-Königreich Bhutan genießt als Pufferstaat zu China am Rande der sensiblen Nordoststaaten Indiens aus sicherheitspolitischen Gründen und religiös-kultureller Verbundenheit besondere indische Unterstützung (großzügige Finanzierung des Staatshaushaltes und wichtiger Entwicklungsprojekte, insbesondere Wasserkraftwerke), die ihre Kehrseite in weitgehender politischer und militärischer Abhängigkeit von Indien hat. Indien hält weiterhin diskret eine schützende Hand über Bhutan im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung mit Nepal über die Frage der Rücknahme von ca. 90.000 nach Nepal geflohenen nepalistämmigen Südbhutanesen. Die Tatsache, daß der Gesprächsfaden zwischen Bhutan und Nepal zwar manchmal unterbrochen wird, aber nicht abreißt, dürfte auf den Druck New Delhis zurückzuführen sein.

6.5 Nepal

Mit Nepal verbinden Indien historische, kulturelle und religiöse Beziehungen. Indien hat viel zum Aufbau der nepalesischen Verkehrsinfrastruktur beigetragen. Die indische Regierung unterstützt den Demokratisierungsprozeß in Nepal. Es bestehen z.T. präferentielle Handelsbeziehungen und eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Nutzung des hydroelektrischen Potentials Nepals. Beide Seiten respektieren die jeweiligen Sicherheitsbelange und verpflichten sich, keine Aktivitäten auf ihrem Territorium zu erlauben, welche die Sicherheit des anderen Landes beeinträchtigen könnten. Damit ist aus Sicht Delhis das Gleichgewicht zwischen der Wahrung des wirtschaftlichen Interesses Nepals und des indischen Interesses an einem im Hinblick

auf China und Pakistan sicherheitspolitisch zuverlässigen Nachbarn gewährleistet. Nepal wie auch Bhutan wird der Transithandel mit Bangladesch und seinen Häfen gestattet. Allerdings kritisiert Nepal die nur halbherzigen Konzessionen und die bürokratischen und infrastrukturellen Hindernisse auf indischer Seite. Es gibt keine Einreisebeschränkungen für Millionen nepalischer Wanderarbeiter. Nepal bemüht sich um eine Revision bzw. Kündigung des indisch-nepalischen Grundlagenvertrags von 1950, den es als Knebelungsvertrag des großen Nachbarn ansieht. Gespräche hierüber finden zwischen beiden Regierungen statt (zuletzt Staatssekretär- und Außenministerkonsultationen im August/September 1997 in New Delhi).

6.6 Myanmar

Das Verhältnis Indiens zu Myanmar ist belastet durch die von Indien kritisierte Unterdrückung der Demokratiebewegung. Außerdem unterhält das myanmarische Militärregime eine intensive Rüstungskooperation mit China, das nach einem Zugang zum Indischen Ozean strebt. Rauschgiftschmuggel aus Myanmar in und durch die Nordoststaaten Indiens sowie die Unterstützung dortiger Sezessionsbewegungen vom Boden Myanmars aus sind ein weiteres Problem.

Dennoch findet ein - wenngleich begrenzter - Dialog mit dem für indische strategische Überlegungen im Verhältnis zu China bedeutsamen südostasiatischen Land statt. Indien geht es auch um einen kontrollierten und verstärkten grenzüberschreitenden Handel, um die Förderung des kleinen Grenzverkehrs von Personen und Waren sowie um die Unterbindung von Drogenschmuggel und illegalem Einsickern von Aufständischen. Es besteht eine begrenzte Kooperation der Grenzsicherungskräfte.

Die Grenzen der Zusammenarbeit angesichts der Menschenrechtslage und der politischen Verhältnisse in Myanmar sind der indischen Regierung bewußt. Indien duldet Aufenthalt und Aktivität von Vertretern der Demokratiebewegung (Exilregierung) und hat die Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi Ende 1995 mit einem Staatspreis für internationales Verständnis ausgezeichnet und damit den Unmut der myanmarischen Junta heraufbeschworen.

7 Beziehungen zu Staaten in der Region

7.1 Zentralasiatische Republiken

Indien widmet den zentralasiatischen Republiken besondere Aufmerksamkeit und hat seine Beziehungen zu allen fünf Republiken durch einen regen Besucherkontakt gestaltet, gestützt auf eine Reihe bilateraler Kooperationsverträge. Die Zusammenarbeit konzentriert sich auf den Handels- und

Wirtschaftsbereich, Kultur, indische Ausbildungshilfen und den Austausch zwischen den jeweiligen Außenministerien einschließlich der Ausbildung zentralasiatischer Diplomaten im indischen Außenministerium. Indien versucht, in dieser benachbarten Region ein Gegengewicht zu der Umwerbung der Staaten durch Pakistan und Iran zu setzen, auch wenn die dafür vorhandenen Mittel eher bescheiden sein dürften. Eine Gemeinsamkeit zwischen Indien und den Regierungen in den fünf Republiken ist die Sorge vor einer Ausbreitung des islamischen Fundamentalismus. Um an die rohstoffreiche Region besser heranzukommen, wurde im Februar 1997 in Teheran ein Transitabkommen zwischen Indien, dem Iran und Turkmenistan unterzeichnet.

7.2 Afghanistan

Indien beobachtet die Entwicklungen in Afghanistan mit Sorge. Es sieht seine geostrategischen Interessen involviert und befürchtet Auswirkungen auf die Aktivitäten militanter Gruppen im indischen Kaschmir. Nach indischer Auffassung wirkt der anhaltende Konflikt in Afghanistan destabilisierend auf die ganze Region, einschließlich Pakistans und der angrenzenden Gebiete Indiens. Die indische Regierung versagt den Taliban das offizielle Gespräch und erhält zugleich diplomatische Beziehungen zur Nordallianz aufrecht. Indien legt Wert darauf, in alle entscheidenden Konferenzen und Fora zur Lösung des Afghanistankonflikts eingebunden zu werden. Es befürwortet eine Allpartei-entlösung. Die Unterstützung der Nordallianz ist eher moralisch als materiell. Die Nordallianz besitzt einen aktiven Botschafter in New Delhi. Zahlreiche afghanische Flüchtlinge leben in Indien.

7.3 Iran

Die indische Regierung setzt auf verstärkte Annäherung und Kooperation zwischen beiden Staaten, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet (ein Handelsabkommen ist in Vorbereitung). Die Sorge um die Stabilität in der Region ist beiden gemeinsam, die Besuchsdiplomatie ist rege. Zuletzt besuchte Außenminister Gujral im Februar 1997 Teheran. Indien hat mit dem Iran und Turkmenistan ein Transitabkommen abgeschlossen, um besseren Zugang zu den wachsenden zentralasiatischen Märkten zu erhalten. Unter den ca. 130 Millionen Muslimen in Indien lebt eine zahlreiche schiitische Gemeinde. Mit dem Iran verbinden Indien historische und kulturelle Gemeinsamkeiten. Für New Delhi ist der Iran die bedeutendste Macht Mittelasiens.

8 Beziehungen zu den USA, China und Rußland

8.1 USA

Die USA sind heute Indiens wichtigster Partner hinsichtlich Handel, Investitionen und Technologie. Auch die sicherheitspolitische Zusammenarbeit ist enger geworden. Die USA betreiben ihre Politik in Anbetracht der strategischen Lage Indiens, seines regionalen Gewichts, seiner einflußreichen Rolle in der Blockfreienbewegung und seines Wirtschaftspotentials. Zur Gemeinsamkeit der demokratischen Grundüberzeugung kommt auf beiden Seiten die Sorge im Hinblick auf das Anwachsen des militanten islamischen Fundamentalismus, wobei Indien als mächtigem nichtislamischen säkularen Staat zwischen West- und Südostasien Bedeutung zukommt. Attraktiv ist der indische Markt für US-Firmen. Washington erhofft sich eine Fortsetzung der bisherigen Reform- und Öffnungspolitik durch die neue Regierung Vajpayee. Die USA betreiben eine Politik des betonten Zugehens auf die neue indische Regierung. Dies fand seinen Ausdruck im Telefongespräch Clintons mit Vajpayee am Tag seiner Regierungsbeauftragung. Der anlässlich des 50. Geburtstages Indiens für März 1998 geplante Besuch Clintons in New Delhi wurde wegen der Wahlen und der Regierungsbildung auf den Herbst verlegt. Als Voraussetzung für eine konstruktive und erfolgreiche Indienpolitik haben die USA in den vergangenen zwei Jahren die Politik der Äquidistanz zu Pakistan und Indien schrittweise aufgegeben und beurteilen nunmehr jedes der beiden Länder nach seinem eigenen Gewicht. Die USA streben einen strategischen Dialog mit New Delhi an.

Die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Differenzen in vitalen Bereichen erheblich sind. Reibungsfelder bleiben u.a. die Nuklearpolitik - insbesondere NVV, Teststoppabkommen, Fissile Material Cut-off Treaty -, Minenverbot, Menschenrechte, Handelspolitik und Kaschmir. Washington fördert nach Kräften, ohne das sichtbar nach außen zu zeigen, die Intensivierung des wiederbegonnenen Dialogs zwischen New Delhi und Islamabad und betont dabei pflichtgemäß, es handele sich um eine bilaterale Sache, in die sich die USA nicht einmischen wollen. Premierminister Gujral hatte Präsident Clinton am Rande der letzten Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York getroffen. Eine Reihe hochrangiger Begegnungen fanden im Spätsommer und Herbst 1997 in New Delhi statt (Rick Inderfurth, Pickering und M. Albright). Der amerikanische Handelsminister und eine hochkarätige Wirtschaftsdelegation besuchten Indien im Dezember 1997. Weitere hochrangige Besuche stehen an (Stabschef der US-Armee und US-Botschafter Richardson zusammen mit Karl Inderfurth Mitte April 1998).

8.2 China

Premierminister Vajpayee besuchte Ende der siebziger Jahre als erster indischer Außenminister nach dem indo-chinesischen Krieg von 1962 China. Er hat seither ein besonderes Interesse an der Normalisierung des Verhältnisses beider asiatischen Großstaaten. Die neue Regierung wird sich daher in Fortsetzung der Politik ihrer Vorgängerinnen um den weiteren Ausbau des nicht einfachen Verhältnisses bemühen.

Beide Seiten wollen ihre Beziehungen besonders im wirtschaftlichen Bereich stärken. Der seit dem Krieg 1962 abgebrochene Grenzhandel wurde in geringem Umfang 1992 wieder aufgenommen. Das gegenseitige Handelsvolumen beträgt nur ca. 700 Mio. US\$. Generalkonsulate sind in Bombay und Schanghai eröffnet worden. Ein Handelsprotokoll soll der Belebung des Handels dienen. Die Lage an der indisch-chinesischen Grenze ist seit Jahren ruhig. Nach dem Abschluß des Übereinkommens zur Bewahrung des Friedens im indisch-chinesischen Grenzbereich 1991 werden sowohl das Grenzregime als auch vertrauensbildende Maßnahmen in einer regelmäßig tagenden Expertenkommission (zehntes Treffen im August 1997 in New Delhi) unter Leitung der Staatssekretäre in den Außenministerien erörtert. Der erstmalige Besuch eines chinesischen Präsidenten (Jiang Zemin im November 1996) leitete mit dem Abschluß mehrerer Abkommen (Truppenreduzierung an der Grenze, Beibehaltung des indischen Generalkonsulats in Hongkong, gemeinsamer Kampf gegen Drogen, Herstellung direkter Schifffahrtsverbindungen) eine Phase der engeren Kooperation ein. Die heikle Frage der Grenzziehung (von China 1962 besetztes Gebiet) wurde nicht behandelt.

Beide Länder suchen auch auf multilateraler Ebene Möglichkeiten koordinierten Vorgehens (z.B. indische Unterstützung für Chinas WTO-Beitritt). Gewisses „antiwestliches“ Zusammengehen gibt es im Stimmverhalten Indiens und Chinas gelegentlich in Menschenrechtsfragen (Entwicklung als ein zentrales Menschenrecht).

Dies kann aber nicht über die unterschwellig fortbestehende politische Rivalität zwischen beiden Ländern hinwegtäuschen. Der Maßstab für Bedeutung und Gewicht Indiens in der Welt ist vor allem China. Das indische Verhältnis zu China bleibt von Ambivalenz gekennzeichnet. Indien fühlt sich gegenüber China als Ständigem Sicherheitsratsmitglied im internationalen Kräfteverhältnis deutlich benachteiligt und von Peking nicht als gleichwertiger Partner behandelt. Mit Argwohn und Sorge betrachtet man in Indien die angebliche Lieferung militärischer Güter, u.a. von M-11-Raketen und Nukleartechnologie, an Pakistan. Das gilt auch für die chinesische Atomrüstung und die Testserie kurz vor der Zeichnung des Comprehensive Test Ban Treaty (CTBT). Die perzipierte potentielle Bedrohung Indiens durch China ist ein immer wiederkehrendes Argument in der indischen Darstellung seiner Sicherheitslage (nukleare Option). Gegenüber den Industrienationen beklagt Indien

vermehrt die Bevorzugung Chinas in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht. Die aktive Duldung der tibetischen Exilregierung in Indien wird in Peking mit besonderem Argwohn gesehen.

8.3 Rußland

Rußland ist für Indien der wichtigste Partner innerhalb der ehemaligen SU, zu der Indien seit dem Freundschaftsvertrag von 1971 ein besonders enges, privilegiertes Verhältnis unterhalten hatte. Seit 1994/95 verstärkt Rußland seine Bemühungen um Verbesserung der Beziehungen zu seinem traditionellen Partner Indien. Die Grundlagen sind: gemeinsame Auffassungen zu Fragen der internationalen Politik und der regionalen Beziehungen, säkulares und multiethnisches Staatsgebilde, Ablehnung einer von den USA dominierten unipolaren Weltordnung, Kampf gegen das Vordringen des islamischen Fundamentalismus in Zentralasien und in Afghanistan. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen haben sich jedoch von den Folgen des Zusammenbruchs der UdSSR noch nicht wieder erholt. Dafür floriert aber die Zusammenarbeit im nuklearen und im militärisch-technischen Bereich. Rußland liefert gegen amerikanischen Widerstand zwei Kernreaktoren von je 1.000 MW an ein Atomkraftwerk in Tamil Nadu. Bei Rüstungsexporten ist Indien der wichtigste Partner Rußlands, wobei es nach wie vor einen Großteil seiner Militärgüter von dort bezieht. Letztes spektakuläres Geschäft war der Kauf von 40 Maschinen des modernen Typs Sukhoi-30. Geplant sind die Modernisierung indischer MIG-21- und MIG-27-Jäger, der Ankauf modernisierter U-Boote der Kiloklasse, die Anschaffung von KA-30-Kampfhubschraubern und anderen Waffensystemen. Das indisch-russische Militärabkommen sieht eine Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Flugabwehrsystemen für Indien und die Lieferung entsprechender Einheiten durch Rußland vor. Zwar hat Indien Interesse am Ankauf des ausrangierten russischen Flugzeugträgers Admiral Gorskow signalisiert, zu einem Abschluß des Geschäftes ist es jedoch aus finanziellen Gründen nicht gekommen. Der Besuch von Präsident Jeltsin im Januar 1998 wurde aus gesundheitlichen Gründen abgesagt, soll aber zu einem späteren Zeitpunkt, wenn möglich noch 1998, nachgeholt werden.

8.4 Japan

Die Beziehungen zur Wirtschaftsvormacht Asiens sind im großen und ganzen unproblematisch. Der wirtschaftliche Aspekt überwiegt. Japan ist größter Geber von Entwicklungshilfe und einer der wichtigsten Investoren in Indien. Irritationen auf indischer Seite erzeugte die unerwartete eigene Niederlage und die überwältigende Wahl Japans als Nichtständiges Mitglied in den VN-Sicherheitsrat. Indien wehrt sich gegen eine „exklusive“ Wahl Deutschlands

und Japans als Ständige Mitglieder in einen reformierten Sicherheitsrat. Japan hingegen ist besonders besorgt über die Möglichkeit, daß die neue indische Regierung versuchen wird, die nukleare Option auszuüben und Kernwaffen zu produzieren, und unternimmt gegenwärtig einen neuen Anlauf, um das erhebliche Potential der beiderseitigen Beziehungen besser auszunutzen. Im Lichte der nicht einfachen Bemühungen um die aufsteigende Großmacht China dürfte das derzeit noch unentwickelte Verhältnis zum zweiten asiatischen Riesenland an Bedeutung gewinnen. Nach japanischer Einschätzung wird die Entwicklung Asiens im 21. Jahrhundert durch vier Machtzentren bestimmt: China, Indien, Japan und ASEAN.

9 Deutsch-indische Beziehungen

9.1 Allgemein

Die deutsch-indischen Beziehungen basieren auf einer historischen Tradition kultureller und geisteswissenschaftlicher Affinitäten und sind von einer umfangreichen Zusammenarbeit in Wirtschaft, Entwicklung, Wissenschaft, Technologie und Kultur geprägt.

Der politische Dialog mit Indien hat nach der Vereinigung Deutschlands eine beachtliche Intensität und Dichte erreicht. Indien betrachtet Deutschland als seinen wichtigsten und bevorzugten Partner in Europa, auch als Anwalt eines für Indien offenen europäischen Marktes. Zu Europa sucht Indien ein neues Verhältnis. Es sieht in Europa einen Hauptpfeiler der multipolaren Welt nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und ein Korrektiv zu der befürchteten Dominanz der einzigen verbliebenen Supermacht USA.

Umgekehrt erkennen Deutschland und Europa - und zunehmend auch die USA - nach dem Wegfall der indisch-sowjetischen und pakistanisch-amerikanischen Achse die neue strategische Bedeutung Indiens für den „Westen“: Indiens säkulare Demokratie kann als Stabilitätsfaktor am Rande der durch islamischen Fundamentalismus und aggressive Diktaturen bedrohten Region Mittelost- und Vorderasien wirken. Zugleich ist Indien ein Gegengewicht in Asien zum immer mächtiger werdenden China. Indiens enormes Entwicklungspotential (großer unerschlossener Markt, Ressourcen, qualifizierte Wissenschaftler), aber auch seine Bedeutung für die Lösung globaler Herausforderungen (z.B. Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und Abrüstung) machen es zu einem bevorzugten Partner bzw. sichern ihm große Aufmerksamkeit.

9.2 Politische Beziehungen

Die politischen Beziehungen mit Indien waren nach Indiens früher diplomatischer Anerkennung der Bundesrepublik Deutschland (1951) und durch persönliche Bindungen Nehrus und Radhakrishnans in den fünfziger und sechziger Jahren durch besondere Herzlichkeit gekennzeichnet. Sie kühlten in den siebziger Jahren ab, als Indien sich stärker auf seine Region beschränkte, sich wegen der Spannungen mit Pakistan und China an die Sowjetunion anlehnte und in der internationalen Politik sowjetische Positionen unterstützte.

Seit Mitte der achtziger Jahre begannen sich die Beziehungen mit der durch Premierminister Rajiv Gandhi veranlaßten Öffnung Indiens in Richtung Westeuropa, Japan und USA sowie durch das Ende des Kalten Krieges neu zu beleben. Gemeinsamkeiten auf dem Gebiet der Friedenssicherung, der Ost-West-Beziehungen, des Nord-Süd-Dialogs und ein enger multilateraler Dialog in VN, Weltbank, FAO, GATT, IWF und ADB erleichterten die Zusammenarbeit. Indien begrüßte die deutsche Vereinigung, die den bilateralen Beziehungen eine neue Dimension verlieh.

Die erfreuliche Besuchsdichte der letzten Zeit (Bundesminister Rexrodt im November 1996 und Januar 1998, Bundesminister Kinkel im Januar 1997, Bundesminister Bötsch im September 1997, Finanzminister Chidambaram im Juni 1997) unterstreicht die wechselseitige Wertschätzung.

Mit der 1991 von Bundeskanzler Kohl und Premierminister Rao eingerichteten Deutsch-Indischen Beratungsgruppe (DIBG), die bisher sechsmal getagt hat, wurde ein neues Instrument zur Vertiefung des deutsch-indischen Dialogs geschaffen. Die Gruppe besteht aus hochrangigen Vertretern der Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur und Medien beider Staaten. Sie wird durch den Mitherausgeber der *Zeit*, Dr. Theo Sommer, und den indischen Kovorsitzenden und ehemaligen Staatssekretär des Außenministeriums, Muchkund Dubey, geleitet. Die DIBG ist regierungsunabhängig und legt zum Abschluß ihrer jährlichen Beratungen Empfehlungen direkt den beiden Regierungschefs vor. Die Beratungsgruppe, zunächst als Experiment gestartet, hat sich inzwischen zu einer unverzichtbaren Einrichtung für die Pflege der bilateralen Beziehungen entwickelt.

9.3 Wirtschaftsbeziehungen und Entwicklungszusammenarbeit

Wirtschaft

Indien gehört bisher noch nicht zu unseren ganz großen Wirtschaftspartnern in Asien (in unserem Außenhandel mit Asien liegt Indien als Abnehmer und Lieferant nach Singapur erst an achter Stelle), gewinnt aber ständig an Bedeutung. Das Handelsvolumen stagnierte 1997 bei rd. 8,6 Mrd. DM, hatte jedoch 1990 bis 1996 jährlich zugenommen (zuletzt knapp 6%). Wir sind wichtig-

ster europäischer Handelspartner Indiens und nach den USA zweitwichtigstes Lieferland Indiens, außerdem nach den USA, Japan und Großbritannien viertwichtigster Absatzmarkt für Indien. Die Deutsch-Indische Handelskammer ist mit 5.700 Mitgliedern und vier Zweigstellen die weltweit größte deutsche Auslandshandelskammer.

Die deutschen Direktinvestitionen in Indien belaufen sich auf insgesamt 770 Mio. DM (1996). Nach der Anzahl der genehmigten Projekte lag Deutschland 1996 auf Platz zwei mit 269 Projekten (USA: 452). Die Realisierungsquote liegt bei ca. 25%. Die Entwicklung der deutschen Investitionen, die derzeit nicht mit den amerikanischen und japanischen Schritt halten, wird von der weiteren Entwicklung der indischen Wirtschaftsreformen sowie von der deutschen Wirtschaftsentwicklung abhängen.

Die Eröffnung zweier ständiger Vertretungen der Confederation of Indian Industries in Köln und Bremen und die Sitzung des Asien-Pazifik-Ausschusses der deutschen Wirtschaft im Oktober 1996 in New Delhi, an der von deutscher Seite über 200 Wirtschaftsvertreter teilnahmen, unterstreichen das starke wechselseitige Interesse am weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

Entwicklungszusammenarbeit

Indien ist mit Zusagen von insgesamt mehr als 17 Mrd. DM seit 1958 der größte Empfänger bilateraler deutscher Hilfe. Für 1997 erhielt Indien Neuzusagen im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit von 290 Mio. DM und im Bereich der technischen Zusammenarbeit von 130 Mio. DM.

Vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit ist die Verbindung der Beiträge zur Armutsbekämpfung mit der Stärkung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die sektoralen Prioritäten sind: Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, menschliche Ressourcen (Gesundheit, Erziehung, Berufsbildung, wissenschaftliche Kooperation), Umwelt/Ressourcenschutz, Infrastruktur (insbesondere Energieversorgung und Transport) sowie Finanz- und Industriesektor (Klein-/Mittelindustrie). Deutschland wird weiterhin die wirtschaftliche Reformpolitik Indiens aktiv unterstützen, wobei in einzelnen Sektoren (z.B. bei Strukturreformen im Energiesektor oder im Gesundheitssektor) eine engere Zusammenarbeit mit der Weltbank angestrebt wird.

9.4 Kulturbeziehungen

Die deutsch-indischen Kulturbeziehungen sind traditionell stark ausgeprägt und durch gegenseitige Affinitäten gekennzeichnet.

Nach der Schließung der Zweigstelle Hyderabad im Jahre 1997 gibt es noch sechs Zweigstellen des Goethe-Instituts (Max Mueller Bhavan), und zwar in New Delhi, Kalkutta, Madras (Chennai), Bangalore, Pune und Bombay (Mumbai). Diese Institute beschränken sich nicht auf die Vermittlung deutscher Kultur und Sprachkenntnisse, sondern widmen sich auch der Kultur des Gastlandes. Diese partnerschaftliche Kulturarbeit wird von indischer Seite besonders geschätzt.

Die Außenstelle des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) in New Delhi befaßt sich insbesondere mit Stipendienprogrammen, Studienberatung, Lektorenvermittlung und Professorenaustausch. Gegenwärtig sind acht DAAD-Lektorenstellen an acht Hochschulen besetzt. Ein jährliches Angebot des DAAD von 20 Jahresstipendien für junge indische Wissenschaftler ist Teil eines vielseitigen Stipendienprogramms. Neu hinzugekommen sind 1997 14 Stipendien für Postgraduierte. Insgesamt bewarben sich 1997 beim DAAD 568 Stipendiaten. Vergeben wurden 1997 106 Stipendien durch den DAAD. Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat 1997 in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 37 Forschungsstipendien an indische Wissenschaftler vergeben (225 Bewerbungen). Es ist geplant, die Zahl der Forschungsstipendien vor allem aus den Bereichen der indischen technischen Hochschulen (Indian Institutes of Technology) beträchtlich zu erhöhen. Zwei indische Wissenschaftler erhielten den angesehenen Humboldt-Forschungspreis.

In der Bundesrepublik Deutschland fördert die Deutsch-Indische Gesellschaft mit 3.000 Mitgliedern und Zweigverbänden in 26 deutschen Städten den Kulturaustausch und pflegt die bilateralen Beziehungen. In Indien gibt es etwa 62 deutsch-indische Kulturgesellschaften.

9.5 Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie und Umweltschutz

Indien hat großes Interesse an wissenschaftlich-technologischer Zusammenarbeit mit Deutschland. Die indische Regierung unter Premierminister Gujral betrieb eine forcierte, stark wirtschaftsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik, für die sie die Ausgaben 1996/97 um 7,5% gesteigert hat. Aufgrund der Wirtschaftsreformen hat sich die Zusammenarbeit mit Indien in den letzten Jahren stetig verbessert.

Die deutsch-indische wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit beruht auf Regierungsabkommen aus den Jahren 1971 und 1974.

Schwerpunkte der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit mit Indien sind Meeresforschung, Biotechnologie, Gesundheits- und Materialforschung sowie Weltraumforschung. Es besteht eine Kooperation zwischen der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR) und der indischen Weltraumbehörde ISRO. Problematisch ist, daß Indien durch seine Weigerung, dem NVV beizutreten, ein Zielland der Exportkontrollregime (MTCR, NSG, Australische Gruppe) bleibt. Deshalb sind weite Bereiche der Kern- und Weltraumtechnologie von der wirtschaftlich-technischen Zusammenarbeit ausgeschlossen. Die Zusammenarbeit wird hierdurch nicht unwesentlich beschränkt.

10 Beziehungen EU - Indien

Indien ist das erste asiatische Land, mit dem ein erweitertes Kooperationsabkommen (3. Generation) unterzeichnet wurde. Inhaltlich werden in dem Abkommen folgende Schwerpunkte gesetzt: Weiterentwicklung und Diversifizierung von Handel und Investitionen, Konsultationen zu internationalen wirtschaftlichen und handelspolitischen Fragen, Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit (die EU will Zugang zu Know-how und Technologie erleichtern), industrielle Zusammenarbeit (Ausweitung der produktiven Basis Indiens vor allem im Dienstleistungssektor und durch Modernisierungsmaßnahmen sowie Reform des öffentlichen Sektors), Beteiligung der Privatwirtschaft an Kooperationsprogrammen, Zusammenarbeit bei Telekommunikation, Elektronik und Informationstechnik sowie in Wissenschaft, Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus. Die entwicklungspolitische Komponente richtet sich vor allem auf die Bekämpfung der Armut, den sozialen Fortschritt und die Verbesserung der Umweltbedingungen.

Nach der Unterzeichnung im Dezember 1993 trat das Abkommen am 1. August 1994 in Kraft.

Zusammen mit dem Kooperationsabkommen wurde eine Gemeinsame Erklärung über den politischen Dialog in Kraft gesetzt, die einen Rahmen schafft, in dem vor allem folgende Fragen angegangen werden sollen: Demokratie, Wahrung von Frieden und Menschenrechten, Förderung von Wohlstand und sozialem Fortschritt, intensive Zusammenarbeit in internationalen Fragen (z.B. Nichtverbreitung von Kernwaffen, Terrorismusbekämpfung, Geldwäsche), Ermutigung wirtschaftlicher Reformen.

Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Indiens und zusätzlich zu den geschichtlichen, kulturellen und bereits existierenden vertraglichen Bindungen ist die EU der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit mit Indien noch weiter ausgebaut werden kann und soll.

Die EU-Kommission hat deshalb im Juni 1996 eine Mitteilung unter dem Titel „Ausbau der Partnerschaft zwischen der EU und Indien“ vorgelegt, die im Dezember vom Rat mit entsprechenden Schlußfolgerungen angenommen wurde. Darin wird dazu aufgefordert, eine Bestandsanalyse der Beziehungen EU - Indien zu erstellen und Bereiche zu identifizieren, in denen die Kooperation ausbaubedürftig bzw. besonders wünschenswert ist.

Der Dialog mit Indien stellt sich völlig offen dar; es werden keine Bereiche ausgeschlossen, neue Themen sollen jederzeit aufgegriffen werden können. Erneute Troika-Konsultationen sind im Herbst 1998 in New Delhi geplant (vorbereitet durch hochrangiges Beamtentreffen im April 1998).

Neben den o.g. neuen vertraglichen Grundlagen gibt es verschiedene Handelsabkommen (1973, 1981) sowie einige Sektorabkommen z.B. Zuckerrohrabkommen (1973), Textilabkommen (1987), Fischereiabkommen (geplant). Indien ist als einziges Nicht-AKP-Land Mitglied des Zuckerprotokolls, in dem

sich die EU verpflichtet hat, eine bestimmte Menge Rohrohrzucker zu garantierten Preisen abzunehmen.

Eine der ersten Delegationen der EU-Kommission in Asien wurde 1982 in Indien eingerichtet (vorher Japan 1974 und Thailand 1978).

Die EU ist auch sonst institutionell in Indien vergleichsweise gut vertreten: In Bombay wurde ein European Business Information Center (EBIO) eingerichtet. In Bangalore existiert bereits ein Technology Information Center, ein weiteres soll in New Delhi eröffnet werden.

Bei zunehmendem Handelsvolumen (1994: ca. 14,7 Mrd. ECU, 1996: ca. 18,5 Mrd. ECU) besteht immer noch ein Handelsüberschuß zugunsten der EU (1994: Ausfuhren 7,5 Mrd. ECU und Einfuhren 7,2 Mrd. ECU, 1996: Ausfuhren 9,9 Mrd. ECU und Einfuhren 8,6 Mrd. ECU), der in jüngster Zeit sogar wieder gestiegen ist.

Unter den EU-Mitgliedstaaten ist Deutschland - sowohl für Im- als auch für Exporte - Indiens wichtigster Partner.

11 Beziehungen zu einzelnen Mitgliedstaaten der EU

Neben Deutschland ist Großbritannien wichtigster Partner Indiens in der EU. Mit der ehemaligen Kolonialmacht bestehen nicht nur intensive Wirtschafts-, sondern auch traditionell enge kulturelle Beziehungen. Dies wurde beim Besuch des britischen Königspaars im Oktober 1997 im Rahmen der Feierlichkeiten zur 50jährigen Unabhängigkeit deutlich. Nach wie vor schicken Angehörige der indischen Mittel- und Oberschicht ihre Kinder zur Ausbildung nach Großbritannien. In Großbritannien besteht die größte indische Auslandskolonie.

Frankreich bemüht sich gegenwärtig um einen neuen Ansatz in seinen Beziehungen zu Indien. Der Besuch von Präsident Chirac Ende Januar 1998 in New Delhi hat neue Anstöße für die Intensivierung der beiderseitigen Beziehungen gegeben, die lange stagnierten (Schwerpunkt: Handel und Kultur).

Weitere Staats- und Regierungschefs von EU-Mitgliedstaaten haben durch Besuche in New Delhi dem 50jährigen Indien ihre Reverenz erwiesen und damit gleichzeitig zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen beigetragen, darunter der griechische Staatspräsident sowie der belgische und der italienische Ministerpräsident.